

# **Rede Kundgebung Offenburg**

## **Dr. Rainer Stier 10.4.2021**

### **Auch Renchtäler sind Ortenauer,**

mit dem Anrecht auf eine gleichwertige Gesundheitsversorgung wie sie den Bewohnern der Rheinschiene, der Städte Offenburg, Lahr und Achern zukommt.

### **30.000 Mitbürgerinnen u. Mitbürger aus dem Renchtal fordern daher:**

- Auch weiterhin eine solide medizinische, ortsnahe Basisversorgung für die Menschen im Renchtal u. in Oberkirch.
- D.h. auch weiterhin eine internistische und chirurgische Versorgung vor Ort.
- Dazu gehören Genesungsbetten, Kurzzeitpflege- Betten, auch Palliativbetten.
- Eine Notfall- Praxis/ Notfall- Sprechstunde vor Ort.
- Die Einrichtung einer funktionierenden Durchgangsarzt/ BG- Arzt Stelle
- Die Umwandlung des Oberkircher Krankenhauses in ein Zentrum für Gesundheit muss diese Forderungen erfüllen.
- Die medizinische Grundversorgung für 30.000 Einwohner darf nicht - auch nur zeitweise - weiter verschlechtert werden. Eine Nachnutzung des Krankenhauses muss der notwendigen medizinischen, ortsnahen Versorgung des Renchtals und Oberkirchs gerecht werden.

### **Also keine Schließung des Krankenhauses ohne ein tragfähiges Nachnutzungskonzept, das die obigen Forderungen voll erfüllt!**

Die jetzt von der Verwaltung des Ortenau-Klinikums vorgelegte Beschlussvorlage des Gesundheits- u. Krankenhaus- Ausschusses, über die dann endgültig im Kreistag abgestimmt werden soll, erfüllt diese Forderungen nicht.

Am 30. September soll der stationäre Betrieb im Krankenhaus Oberkirch geschlossen werden. Das Ganze wird „Weiterentwicklung der Betriebsstelle Oberkirch zum "Zentrum für Gesundheit Oberkirch“ genannt – welch ein Hohn oder Etikettenschwindel: Es handelt sich im Prinzip nur um den Umzug des bisherigen Oberkircher orthopädischen MVZ, bisher beheimatet im Obergeschoß von Sport-Sester, in das bisherige Krankenhausgebäude. Die Praxis soll nur insofern eine Erweiterung erfahren, dass einer der bisherigen Ärzte eine D-Arzt-Zulassung erhalten soll, um kleiner Bagatellverletzungen bei Betriebs- oder Schulunfällen behandeln zu dürfen.

An eine internistische ambulante Versorgung wie bisher ist offensichtlich zu diesem Zeitpunkt nicht gedacht. Eine Notfallsprechstunde – also für die Zeiten, in denen die Arztpraxen normalerweise geschlossen sind, soll von den Oberkircher Hausärzten übernommen werden. Die wissen nur noch nichts davon.

In den folgenden eineinhalb Jahren soll der Krankenhaustrakt in ein Pflegeheim umgebaut werden. Weitere Praxen könnten laut „geplanter Zeitschiene“ dann eventuell bei entsprechender Nachfrage frühestens ab November 2022 eingerichtet werden.

Der ambulante, sehr gut ausgestattete moderne OP-Bereich könnte durchgehend genutzt werden, nur ist die Frage von wem?

Nochmal:

Das Konstrukt soll sich „Zentrum für Gesundheit“ nennen dürfen und eine Blaupause für die weiteren Zentren für Gesundheit in Ettenheim und Kehl dienen?

Besteht aber nur im Prinzip aus einer schon vorhandenen, eigentlich überlasteten orthopädischen Praxis mit dem kleinen Bonbon, dass da einer der Ärzte als D-Arzt fungiert? Das kann man nur als schlechten Witz bezeichnen!

Aus unserer Sicht ist das Ganze nicht durchdacht, nur dem Wunsch der Verwaltung des Ortenau-Klinikums nach schnellem Ende des Krankenhausbetriebs in Oberkirch geschuldet!

Die vorgebrachten Verluste des Krankenhauses Oberkirchs von 9 Mio. Euro bis zum Jahr 2030, gerade mal 3,5 % ,im Vergleich zum Gesamtverlust von 280 Mio. Euro, dienen nur als Vorwand für die vorzeitige Schließung.

Der eigentliche Grund für die Schließung des Oberkircher Krankenhauses ist eine verfehlte Personalpolitik. Noch 2017 wurde das Krankenhaus Oberkirch von Landrat Scherer und dem Klinikgeschäftsführer Keller für seine effiziente Tätigkeit hervorgehoben mit hochzufriedenen Patienten. Danach wurde ein systematischer Abbau betrieben.

Daher fordern wir:

- Ein, die Pflegeberufe, wertschätzendes Personalmanagement.
- Von den Tarifpartnern eine bessere Vergütung im Pflegebereich.
- Von der neu gewählten Landesregierung eine verstärkte finanzielle Unterstützung für die Gesundheitsversorgung im ländlichen Bereich.
- Ein neues, längst überfälliges Finanzierungskonzept der Krankenhäuser.
- Weg- von der Unterfinanzierung. Auch der Unterhalt- **nicht nur** der Neubau von Krankenhäusern gehört in den Aufgabenbereich des Landes.

Von der Bundesregierung fordern wir:

- eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems, das nicht mehr den Anforderungen seiner Bürger gerecht wird.
- Weg- mit den Fall- Pauschalen, Weg- von der Einstellung, mit der Krankheit von Menschen Geld zu verdienen.
- Die Gesundheit ist ein sehr hohes Gut. Dies wird gerade in der Corona- Pandemie überdeutlich.

- Die Gesundheitsfürsorge für seine Bürgerinnen und Bürger ist die vordringliche Aufgabe des Staates. Dies einzufordern ist unser Recht. Danach sollten wir die Regierung und die gewählten Vertreter unseres Staates beurteilen.
- Ein neues Umdenken muss in die Köpfe der Gesundheitspolitiker.
- Ein Krankenhaus muss keinen Gewinn erwirtschaften. Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr, die Schulen, Universitäten tun dies ebenfalls nicht
- All dies gehört zu Daseinsvorsorge eines Staates und dafür sind ausreichend Mittel aus Steuergeldern, die wir aufbringen, bereitzustellen.
- Der Mensch nicht die Ökonomie hat im Mittelpunkt zu stehen.

Und dafür sollten wir eintreten und uns dafür stark machen.

In einer Demokratie geht die Macht vom Volk, von uns Bürgerinnen und Bürger aus. Das sollte uns bewusst sein, davon sollen und müssen wir auch Gebrauch machen.